

„Mit all den Flyern könnte man das ganze Haus tapezieren“

Wie und mit welchen Themen kann die Polizei Zuwanderer kriminalpräventiv erreichen?

Claudia Röhm

Welchen Bedarf haben Zuwanderer¹ bzgl. polizeilicher Kriminalprävention und wie erreicht man sie überhaupt? Die Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG) hat sich in der Studie „Prävention für Zuwanderer (PräfüZ)“ mit den Fragen beschäftigt, welche Wege und Mittel sich besonders eignen, um jene Zielgruppe anzusprechen, und welche Themenbereiche überhaupt relevant sind. Die Untersuchung, in der leitfadengestützte Interviews² geführt wurden, ist qualitativ angelegt und beansprucht keine Repräsentativität, vielmehr gibt sie ein Meinungsbild wieder. Besonders aufgrund der äußerst diversen regionalen Gegebenheiten, Bedarfe und Möglichkeiten ist es die Intention der Studie, einen Beitrag zur Diskussion zu liefern und keine Allgemeinlösung zu präsentieren.

Zuwanderer als Zielgruppe polizeilicher Kriminalprävention

Präventionsarbeit richtet sich immer an bestimmte Adressaten – entweder soll die gesamte Bevölkerung angesprochen werden (präventive Öffentlichkeitsarbeit) oder gezielt eine bestimmte Gesellschaftsgruppe. Zielgruppen können bspw.

anhand von Kriterien wie Alter und Geschlecht oder sozialen Zusammenhängen differenziert werden. So adressiert die Polizei z. B. mit Kampagnen zum „Enkeltrick-Betrug“ speziell Senioren, Aufklärung und Hilfen zum Thema „Häusliche Gewalt“ sollen besonders Frauen ansprechen und die Thematik „Gewalt an Schulen“ hat die gesamte Schulgemeinschaft im Blick.

Als weitere Zielgruppe mit eventuell speziellem Bedarf – dieser muss erst noch herausgearbeitet werden – ist in den letzten Jahren auch die Gruppe der Zuwanderer ins Blickfeld der polizeilichen Kriminalprävention gerückt. Zuwanderer bilden eine Teilmenge aller Nichtdeutschen. Im Sinne der Polizeilichen Kriminalstatistik gilt bundeseinheitlich als Zuwanderer jeder, der mit den Aufenthaltsgründen „Asylbewerber“, „Duldung“, „Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtling“, „unerlaubt oder international/national Schutzberechtigte“ und „Asylberechtigte“ erfasst ist.³ Die so definierte Gruppe bildet nun ein Konglomerat

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht, sofern nicht explizit erwähnt.

² Ich danke meinen Gesprächspartnerinnen und -partnern, dass sie sich die Zeit genommen haben und mir von ihren Erfahrungen berichtet haben.

³ Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik Bayern. Pressebericht (2017): 44; http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/pks_pressebericht_2017.pdf (Zugriff 17.4.2018).

aus verschiedensten Personen bezogen auf Geschlecht, Alter, Nationalität, Bildungsstatus, Religion u. v. m. Sie als eine homogene Gruppe zu bezeichnen, wäre also sicher nicht richtig, einige Merkmale sind vielen von ihnen jedoch gemein: Vordergründig zeichnet sie die Art der Migration jenseits der geregelten Wege für bspw. Arbeitsmigration aus, daneben bspw. auch die unbestimmte Dauer des Aufenthaltes, der außereuropäische kulturelle Hintergrund und die zumindest zunächst staatliche Betreuung sowie gemeinsame Unterbringung in Unterkünften.

Forschungsmethode

Nach Eingrenzung der Zielgruppe stellte sich die Frage, in welcher Form und auf welchem Weg das Interesse von Zuwanderern für kriminalpräventive Themen geweckt werden kann. Damit beschäftigte sich die Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG) in Kooperation mit dem Sachgebiet Prävention des Bayerischen Landeskriminalamts. Für einen zielgruppenorientierten Ansatz kriminalpolizeilicher Präventionsarbeit galt es, folgenden Fragestellungen nachzugehen: Welche Themenbereiche sind relevant? Auf welchem Weg (über welche Kanäle) können die Zuwanderer erreicht werden? Mit dem Einsatz welcher Medien können die Informationen am besten gestreut werden? Wichtig ist dabei die Erreichbarkeit aller Zuwanderer – unabhängig von deren Alter, Geschlecht, Nationalität etc.

Da die Fragestellungen auf die subjektive Einschätzung und Erfahrung der Akteure – sowohl der Zuwanderer selbst als auch der Personen, welche mit diesen in der Praxis Kontakt haben – auf ein uns bisher unbekanntes Feld abzielen, bietet sich eine qualitative Herangehensweise an. Qualitative Methoden der Befragung empfehlen sich besonders, um differenzierte und ausführliche Erläuterungen von Erfahrungen und Meinungen zu erhalten, ohne dabei auf statistische Beziehungen bzw. Zusammenhänge zu schließen. Das Experteninterview als eine Form des leitfadengestützten Interviews eignet sich insbesondere, um spezialisiertes Sonderwissen in Erfahrung zu bringen – hier konkret jenes von Experten, die in ihrer täglichen Praxis mit Zuwanderern Kontakt haben, sowie jenes der Zuwanderer selbst. Im Gegensatz zu einem rein

narrativen Interview wird auf das interessierte Thema gelenkt, um weniger Relevantes im Vorhinein zu selektieren.⁴ Vorab wurde ein Interviewleitfaden erarbeitet, um sicherzugehen, dass jedem Interviewpartner alle relevanten Fragen gestellt werden. Anhand des Leitfadens wurden die Interviews von der Verfasserin geführt und von einem Mitarbeiter der Kriminalprävention begleitet. Dadurch sollte zum einen das Interesse an der Thematik sowie die Relevanz für die Polizei gegenüber den Gesprächspartnern herausgestellt werden. Zum anderen konnten so im Anschluss an das Interview eventuelle polizeiliche Fragen aus erster Hand beantwortet werden (z. B. derzeitiges Präventionsangebot, Ansprechpartner, Möglichkeiten der Polizei).

Die Rekrutierung der Gesprächspartner konnte größtenteils über das Schneeballverfahren⁵ gewährleistet werden. Dabei werden bestehende oder entstehende Kontakte im Untersuchungsfeld gebeten, weitere Personen zu benennen, welche in ihren Augen als Experten in ebengleichem Feld fungieren. Anhand dieses Verfahrens können nicht nur neue Interviewpartner gewonnen werden, es lässt sich auch die Bedeutung verschiedener Akteure einschätzen: entweder durch die Beschreibung des Netzwerkes als Ganzes und dessen Zusammenspiel oder die wiederholte Nennung durch unterschiedliche Interviewpartner. Bei dieser Methode des Feldzugangs und der damit erzielten Gewinnung von Interviewpartnern besteht jedoch auch die Gefahr, dass nur ein Teil des eigentlich interessierten Feldes tatsächlich untersucht wird und andere Teile nicht auf dem Radar der Forscherin sichtbar werden. Dieser (eventuellen) Einschränkung sollte sie sich bewusst sein. Bei der vorliegenden Untersuchung wurden von den Kontaktpersonen entweder Behörden, Institutionen und Organisationen genannt, welche eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit mit Zuwanderern spielen, oder es wurden konkrete Ansprechpartner empfohlen, welche im untersuchten Feld Erfahrung gesammelt haben. Maßgeblich für die Auswahl potenzieller Interviewpartner war, dass diese in der Praxis mit Zuwanderern Kontakt haben oder es sich um Zuwanderer selbst handelt. Besonders bei diesen erwies es sich als äußerst hilfreich, wenn Vertrauenspersonen wie z. B. ehrenamtliche Hel-

fer oder Sozialarbeiter die Zuwanderer im Vorhinein über Ziel und Zweck des Gesprächs aufklärten. Andernfalls – und das ist unter anderem auch ein Ergebnis der Studie – wird der Kontakt zu Polizeibehörden meist vermieden.

Insgesamt konnten in der Zeit vom 9.3. bis 9.10.2017 zehn Einzelinterviews und vier Gruppeninterviews geführt werden. Die Gesprächspartner umfassen Sozialarbeiter staatlicher und freier Träger, ehrenamtliche Helfer, Mitarbeiter des Sicherheitspersonals in den Unterkünften, polizeiliche Präventionsbeamte, Referenten der Justiz,⁶ Lehrer für Deutsch als Fremdsprache und Zuwanderer. Die Teilnehmer der Gruppeninterviews gehörten jeweils derselben Institution an, Diskussionsrunden mit Teilnehmern aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen wurden nicht durchgeführt. Von den insgesamt 14 Interviews wurden Tonaufnahmen gemacht, welche anschließend mit dem Fokus auf die Inhalte der Gespräche transkribiert wurden. Es wurden gekürzte Transkripte in Standardorthografie angefertigt, die nur Teile des Originaltextes beinhalten, die übrigen Inhalte wurden paraphrasiert.⁷ Die inhaltlich verdichteten Interviews wurden anschließend thematisch kodiert und relevante Textpassagen den Oberkategorien „Wege“, „Mittel“, „Themen“ und „Schwierigkeiten“ zugeordnet. Die vorgestellten Ergebnisse stützen sich auf die geführten Interviews. Entsprechend der eben aufgeführten Reihenfolge der Kategorien ist der vorliegende Aufsatz gegliedert, beginnend mit den Wegen, auf welchen die Zuwanderer erreichbar sind.

Verschiedene Kanäle nutzen, um Informationen breit zu streuen

Ein funktionierendes Netzwerk, das durchlässig für die Weitergabe und den Austausch von Informationen ist, stellt die Grundlage nicht nur für Kommunikation, sondern auch für Kooperation zwischen den verschiedenen Netzwerkpartnern dar. Dass Informationsmaterial nicht an der Basis ankomme oder relevante Ansprechpartner nicht bekannt seien, wurde in den

⁴ Vgl. Schnell et al. (2013): 378 ff.

⁵ Vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr (2014): 184 f.

⁶ Die Interviews wurden mit Referenten aus dem Projekt „Rechtsbildungsunterricht für Flüchtlinge und Asylbewerber“ des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz geführt.

⁷ Vgl. Kuckartz (2010): 39.

Interviews oft bemängelt. Sowohl innerhalb staatlicher und kommunaler Behörden/Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen als auch zwischen den Organisationsformen sei ein Forum für den persönlichen Kontakt zwischen den Verantwortungsträgern und dem regelmäßigen Erfahrungsaustausch äußerst gewinnbringend. Zu diesem Netzwerk gehören bspw. Ministerien, Landratsämter, Jugendämter, Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften, Schulen, freie Träger, Helferkreise, Vereine, Moscheen und die Einrichtungen, in welchen die Zuwanderer untergebracht sind. Die Interviewpartner betonten, dass hier „viel vom eigenen Engagement abhängt“ und „man viel Energie reinstecken muss“. Um die Zielgruppe mit Informationen zu erreichen, empfiehlt es sich deshalb, unterschiedliche Kanäle gleichzeitig zu nutzen. Besonders im schulischen Kontext wie auch in den Unterkünften könne eine relativ breite Masse angesprochen werden. Beide Zugangsmethoden haben allerdings Stärken und Schwächen: In Schulen – insbesondere in Berufsschulen – können junge Zuwanderer recht schnell auf Deutsch erreicht werden, da deren Motivation zum Spracherwerb relativ hoch sei. Als hilfreich für deren Erreichbarkeit hat sich auch erwiesen, dass junge Zuwanderer, die am Unterricht in einer Bildungseinrichtung teilnehmen, in Strukturen eingebettet sind, „es gibt gewisse Regeln und das ist schon ein Vorteil“. Integrations- und Deutschkurse bilden eine weitere Möglichkeit Inhalte zu vermitteln, insbesondere wenn der Unterricht in Themenblöcke unterteilt ist wie z. B. „Politische Systeme“. Als besonders wünschenswert wurde in den Interviews oft die Option genannt, „sich an bestehende Unterrichtseinheiten dran(zu)hängen“ und diese zu ergänzen. Bei dem Weg der Informationsvermittlung über Schulen und Kurse gilt es jedoch zu bedenken, dass „in der Schule nur Ausgewählte [sitzen], die in der Spur laufen. Die anderen, die da nicht hingehen, denen ist das wurst.“ Auch seien nicht alle Zuwanderer berechtigt, an Integrations- oder Deutschkursen teilzunehmen, oder es fehlten Angebote.

Eine weitere bedeutende Möglichkeit der Annäherung an die Zielgruppe stellen die Unterkünfte dar, in welchen sie vorübergehend leben. Hier können insbesondere Zuwanderer, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, er-

reicht werden, aber auch Frauen, die auf Basis der kulturellen Hintergründe vermehrt auf den häuslichen und familiären Bereich konzentriert sind und teilweise die Erlaubnis der Männer für den Besuch von Veranstaltungen benötigen. Es wurde in den Interviews oft betont, dass Frauen aufgrund der niedrigeren Bildung und höheren Analphabetenrate eine schwierig anzusprechende, spezifische Teilzielgruppe darstellen. Im Unterschied zum schulischen Kontext ist in den Unterkünften meist ein Dolmetscher nötig, wenn es

um die Vermittlung umfassenderer Inhalte geht. Eine weitere Schwierigkeit bei der Informationsstreuung über die Unterkünfte ergibt sich, wenn die Zuwanderer dezentral untergebracht werden oder sie nach der rechtlichen Anerkennung aus der staatlichen Betreuung herausfallen. Unabhängig davon, welches Mittel zur Wissensvermittlung gewählt wird, spielen Vertrauenspersonen der Zuwanderer eine wichtige Rolle, um Bedarfe zu erkennen, auf Angebote aufmerksam zu machen und deren Relevanz herauszuhe-

ben. Voraussetzung ist allerdings, dass diese ersten Ansprechpartner selbst auch Zugang zu Informationen haben und, wie bereits oben erwähnt, in ihrem Arbeitsfeld gut vernetzt sind. Diese Vernetzung ist insbesondere mit den Personengruppen notwendig, an die sich Zuwanderer zur Informationsgewinnung wenden. Dazu gehören u. a. andere Zuwanderer – Mundpropaganda hat eine hohe Relevanz –, Betreuungspersonen wie Sozialarbeiter, Lehrer und Ehrenamtliche, aber auch das Sicherheitspersonal in den Unterkünften, insbesondere wenn dieses an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr verfügbar ist.

Wichtig in den Dialog zu kommen

Es gibt eine Vielzahl von Methoden, mit welchen Informationen verbreitet werden können. In den Interviews wurden neben der direkten Ansprache, gedrucktes Material wie Flyer, Broschüren, Plakate oder Piktogramme, auch Rollenspiele, Internet oder Apps für Smartphones und Videos diskutiert. Am häufigsten thematisiert wurde zum einen der persönliche Kontakt zu den Zuwanderern und zum anderen das zur Verfügungstellen von schriftlichem Informationsmaterial. Daher wird im Folgenden der Fokus auf diesen Mitteln der Informationsweitergabe liegen und diskutiert, welche Methode als Erfolg versprechend angesehen wird.

Alle Interviewpartner haben durchgängig die Wissensvermittlung durch die persönliche Ansprache in Form von Kursen empfohlen. Im Dialog könne erklärt und diskutiert sowie in der Interaktion mit den Zuwanderern auf Fragen eingegangen werden. Durch das Besprechen von Beispielen wird der Mehrwert für den Einzelnen deutlich und greifbar. Besonders bei komplexen Themen lohne es sich, sich intensiv mit diesen auseinanderzusetzen und komplizierte Begriffe oder auch Gesetze näher zu erläutern. Schriftliches Material könne begleitend eingesetzt werden, als Gedächtnisstütze zu Kursen dienen oder auch jene mit Information bedienen, die nicht an derartigen Angeboten teilnehmen. In letztem Fall – wenn nicht die Möglichkeit besteht direkt Verständnisfragen stellen zu können – müsse besonders auf die einfache Darstellung mit Bildern und Piktogrammen geachtet werden. Aufgrund dessen können mit gedruck-

tem Informationsmaterial auch nur einfachere Themen transportiert werden. Das bloße Auslegen oder Aushängen wird generell kritisch gesehen. Es werde nicht oder kaum angeschaut. Auch die Zuwanderer selbst gaben an, ihr Wissen, das sie sich seit ihrer Ankunft in Deutschland angeeignet haben, zumeist von Vertrauenspersonen vermittelt bekommen zu haben und nicht von Plakaten oder dergleichen.

Bei der persönlichen Ansprache sind zwei mögliche Vermittler zur Sprache gekommen: Fachkräfte oder Multiplikatoren. Als Fachkräfte gelten in diesem Fall, da es sich um polizeiliche Themen handelt, Polizeibeamte. Als potenzielle Multiplikatoren wurden vor allem Lehrer und ehrenamtliche Helfer genannt. Diese Option wurde überwiegend kritisch gesehen und eine direkte Beschulung durch Polizeibeamte deutlich präferiert. Als Experten auf ihrem Fachgebiet können sie auch Fragen kompetent aus erster Hand beantworten, die Informationen sind belastbarer und dem Kurs o. ä. wird dadurch ein höherer Stellenwert eingeräumt. Da viele Zuwanderer in den Herkunft- und Transitländern negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, liegt ein weiterer Vorteil im Einsatz von Polizeibeamten darin, dass diese so als kompetente und vertrauenswürdige Ansprechpartner wahrgenommen werden. Damit könnten zusätzlich mögliche Ängste vor Uniformträgern abgebaut werden und die Polizei nicht nur als ausführende Kraft, sondern auch als helfende Institution gesehen werden. Abhängig vom Setting der Inhaltsvermittlung und der Zusammensetzung des Publikums müssen Überlegungen angestellt werden, welche Sprache eingesetzt wird und ob ein Dolmetscher erforderlich ist. Im schulischen Kontext könne oft auf Deutsch referiert werden, für Veranstaltungen in Unterkünften wurde durchgehend empfohlen, einen Übersetzer hinzuzuziehen, es sei denn, der Kurs könne auf Englisch gehalten werden und der Referent kann dies übernehmen. Der organisatorische Aufwand, der mit einem derartigen Konzept v. a. außerhalb des schulischen Kontextes verbunden ist, wurde jedoch von allen jenen, die selbst Kurse geben oder diese unterstützen, betont. Neben den erforderlichen räumlichen Voraussetzungen müssen die Helfer, Sozialarbeiter und Referenten viel Engagement in die Motivierung der Zuwanderer für

eine Teilnahme stecken. Erst so kann der Mehrwert einer freiwilligen Weiterbildung deutlicher herausgestellt werden.

Grundlagenwissen muss vermittelt werden

Besonders wichtig ist es, Informationen bedarfsorientiert zur Verfügung zu stellen. Welche Themen für die Zuwanderer hilfreich, wertvoll und interessant sind, haben sie selbst und auch die anderen Interviewpartner sehr ähnlich beantwortet: „Es geht erst mal um die Basics.“ Wie weiter oben bereits angesprochen, haben viele Zuwanderer, bevor sie nach Deutschland gekommen sind, schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Sie haben in ihrer Vergangenheit Polizei gewalttätig, korrupt und willkürlich kennengelernt. Viele scheuen diese deshalb auch hierzulande und regeln Dinge lieber unter sich, auch weil sie befürchten, dass sie als Ausländer generell als schuldig gelten würden oder sich jedweder polizeilicher Kontakt – und sei es als Opfer oder Zeuge – negativ auf ihr Asylverfahren auswirken könnte. Grundwissen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wie bspw. zum Gewaltmonopol des Staates oder zum Wertesystem zu transportieren, ist definitiv eine wichtige Angelegenheit. Ob es zu den polizeilichen Aufgaben gehört, ist jedoch wieder eine andere Frage. Einen wesentlichen Anknüpfungspunkt stellt hier das Thema „Befugnisse der Polizei“ dar. Insbesondere jedoch kann das Selbstbild, die Aufgaben und die Rolle der Polizei von dieser selbst besonders authentisch und kompetent vermittelt werden. Die Zuwanderer stellten heraus, dass ihnen nicht ganz klar sei, welche Zuständigkeiten die Polizei hat, wann sie diese rufen können und wann nicht. Oft fehle laut Aussagen von Sozialarbeitern das Vertrauen, das aber durch positiven Kontakt mit der Polizei langsam aufgebaut werden könne. Zusätzlich zu diesem Themenkomplex, der von allen Interviewpartnern als besonders bedeutsam herausgestellt wurde, wurde von vielen die Notwendigkeit betont, Fragen rund ums Strafverfahren zu behandeln. Konkret solle aufgeklärt werden, welche Rechte und Pflichten die Beteiligten haben, insbesondere jedoch der Bürger in

der Rolle als Opfer, Zeuge oder Täter. Auch sei unbekannt, wie ein Strafverfahren ablaufe, „was passiert, wenn man eine Anzeige erstattet“.

Generell sei den meisten Zuwanderern bekannt, was erlaubt und was verboten ist, wie bspw. Drogenbesitz oder Ladendiebstahl. Geringe oder gar keine Strafen und die Dauer eines Strafverfahrens seien jedoch – zumindest zunächst – meist nicht genügend abschreckend. Im Bereich des Suchtverhaltens spiele Alkohol insbesondere im Zusammenhang mit Gewalttaten eine bedeutende Rolle. Hier kann problemverschärfend das Interesse an der eigenen Bewaffnung zur Selbstverteidigung mittels Messern hinzukommen, welches sowohl die Zuwanderer als auch andere Interviewpartner hervorhoben. Ein polizeilicher Interviewpartner hob in diesem Zusammenhang die Thematik Zivilcourage hervor. Es müsse – z. B. in Rollenspielen – gelernt werden, wie Hilfe richtig organisiert wird und wie man sich selbst dabei nicht in Gefahr bringt.

Ein hochsensibles Thema, welches – aufgrund dessen – nicht von den Zuwanderern selbst, sondern nur von deren Vertrauenspersonen ergänzt wurde, ist der Bereich der Gewalt in der Familie. Auf der einen Seite müsse verstärkt auf Opferseite bei den Frauen Aufklärung geleistet werden, auf der anderen Seite wird Handlungsbedarf im Bereich der Kindererziehung gesehen, da dort Gewalt ebenso eine Rolle spiele.

Insbesondere weil viele Zuwanderer mit Fahrrädern ausgestattet worden sind, messen alle Interviewpartner dem Thema Verkehrserziehung eine hohe Bedeutung zu. Teilweise haben bspw. Helferkreise oder Schulen, verbunden mit der Aushändigung der Räder, Kurse arrangieren können oder sie erkannten den Bedarf später und wurden dann tätig, andernorts konnten keine Ressourcen hierfür aufgebracht werden.

Engagement gefordert

Nicht nur bei der Vermittlung von Kenntnissen der Straßenverkehrsordnung, sondern auch in allen anderen angesprochenen Themenbereichen und darüber hinaus ist das Engagement einer Vielzahl von Akteuren gefordert, wenn man das Ziel hat, Zuwanderer kriminalpräventiv aufzuklären und zu unterrichten. Perso-

nelle und finanzielle Ressourcen, die nahezu immer ein großer Diskussionspunkt sind, egal um welches Projekt es sich handelt, sollen hier nicht weiter eruiert werden. Zunächst galt es, Wege, Mittel und Themen festzustellen, mit welchen die Zielgruppe mit polizeilicher Kriminalprävention erreicht werden kann. Da sich im Zuge dessen diverse Schwierigkeiten herauskristallisiert haben, die insbesondere in der Erarbeitung von Konzepten Beachtung finden sollen, werden einige im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Mehrere Interviewpartner stellten es als Herausforderung dar, diejenigen Zuwanderer zu beschulen, welche bildungsfern aufgewachsen sind. Teilweise handle es sich auch um Analphabeten oder aber die lateinische Schrift muss noch erlernt werden. Da dieses Problem bei Frauen – neben dem kulturell geprägten Rollenverhältnis der Geschlechter – noch gravierender sei, seien sie als Zielgruppe auch schwer erreichbar. Schriftliches Informationsmaterial müsse deshalb für alle Zuwanderer leicht verständlich und nicht zu komplex aufgebaut sein, eventuell auch mehrsprachig, wenn sich Themen bspw. nicht nur mit Piktogrammen darstellen lassen. Unabhängig von den relevanten Themen hängt der individuelle Bedarf jedoch stark von der Teilzielgruppe ab. Handelt es sich z. B. um Jugendliche, die sich noch in einer Betreuung befinden, oder um Frauen, Familien oder alleinstehende junge Männer? Auch in jeder Unterkunft gibt es, u. a. abhängig von der dort lebenden Bewohnerschaft, unterschiedliche Probleme. Individuelle, regionale Angebote zu machen sei deshalb zielführender, als etwas „von oben übergestülpt [zu] bekommen“. Ungleich schwieriger ist es jedoch, wenn die Zuwanderer nicht mehr zentral, sondern in dezentralen Unterkünften leben. Unabhängig von der Wahl der Wege, Mittel und Themen lässt sich festhalten, dass ohne das Engagement zahlreicher Akteure wie Sozialarbeiter, Ehrenamtliche, Kontaktbeamte, Referenten oder Lehrer das Wissen nicht bei der Zielgruppe ankommt.

Fazit

Anhand der vorgestellten Einblicke in Erfahrungen und Empfehlungen der Interviewpartner lässt sich insgesamt festhalten, dass ein funk-

tionierendes Netzwerk von Akteuren aus diversen Tätigkeitsbereichen Informationsfluss und Kooperationen erleichtern und mehr Möglichkeiten eröffnen. Der persönliche Kontakt zu den Zuwanderern und die Möglichkeit, im Dialog Themen und Fragen zu diskutieren, erzielt eine deutlich höhere Wirkung als schriftliches Informationsmaterial, welches zumeist eher begleitend zu Veranstaltungen oder Erläuterungen in einem anderen Kontext ausgegeben werden sollte. Einfache Plakate bspw. zu den Verkehrsregeln können Sinn machen, wenn viel ohne Sprache verständlich ist. Andernfalls ist oft entweder ein Dolmetscher oder die Übersetzung von Broschüren/Flyern in verschiedene Sprachen nötig. Generell bieten in diesem Zusammenhang Unterkünfte und Schulen wie auch Deutsch- oder Integrationskurse eine gute Plattform, um Informationen zu streuen.

Es wurde deutlich, dass die Zuwanderer eine sehr heterogene Gruppe darstellen, die unterschiedliche Bedarfe an Informationen haben und auch auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden können. Bei der Wahl des Weges ist jedoch darauf zu achten, dass unterschiedliche Teilzielgruppen auch unterschiedlich erreicht werden müssen. Jugendliche und Heranwachsende können bspw. besser an (Berufs-)Schulen angesprochen werden, Frauen dagegen eher in Unterkünften. Jede Teilzielgruppe hat spezifische Bedürfnisse, für die meisten sind jedoch grundlegende Themen besonders relevant und interessant, so z. B. Rolle, Selbstbild, Aufgaben und Befugnisse der Polizei. Auch zum Ablauf eines Strafverfahrens sowie zu Rechten und Pflichten der Beteiligten besteht Erklärungsbedarf. Diese Inhalte stellen eine hohe Relevanz aus Sicht der Zuwanderer dar und wurden auch von den befragten Experten als wesentliche Themen empfohlen, zu welchen es derzeit an Wissen mangle und Aufklärungsbedarf bestehe.

Claudia Röhm ist Mitarbeiterin bei der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG).

Kontakt: claudia.roehm@polizei.bayern.de

Literatur

Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Przyborski, A.; Wohrab-Sahr M. (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 4., erweiterte Auflage. München: Oldenbourg.

Schnell, R.; Hill, P. B.; Esser, E. (2013): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. Auflage. München: Oldenbourg.